

11.33

Abgeordnete Dr. Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Es besteht mit Sicherheit kein Zweifel: Das britische Nein beim Referendum hat historische Tragweite. Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union hat sich ein Mitgliedsland zum Verlassen entschlossen, und mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs verliert die Europäische Union die zweitgrößte Volkswirtschaft.

Die wirtschaftlichen Dimensionen dieses Faktums, die dramatischen Auswirkungen, die Verunsicherung sehen wir bereits jetzt, das ist keine Frage, das ist heute auch schon ausführlich diskutiert worden. Ich möchte aber eines vorwegschicken: Ich glaube, dass viele Probleme in Großbritannien sich nicht ausschließlich auf die Diskussion rund um das Thema Mitgliedschaft in der Europäischen Union: ja oder nein? beschränkt haben, sondern dass viele Probleme dort auch stark hausgemacht waren, insbesondere die schlechten Bildungschancen für die Jugend, die starke Ungleichheit in der Gesellschaft, die starke Fokussierung auf den Finanzmarkt.

Wir haben mit großer Sorge vor allem auch den steigenden Rassismus, auch die Übergriffe beobachtet. Ich habe persönlich aus Gesprächen gehört, dass Menschen, die in internationalen Firmen arbeiten, in denen auch viele Menschen aus dem Ausland beschäftigt sind, berichten, dass es teilweise auch Übergriffe gegenüber Kindern in den Schulen gibt – also wirklich einen steigenden Rassismus, und dieser darf uns alle nicht kaltlassen.

Aber eines muss zu den Einpeitschern, die das Haus dort angezündet haben, schon gesagt werden: Wie kann man sich in einer dermaßen politischen Feigheit vertschüssen und sozusagen die Bevölkerung dem Chaos überlassen? – Das ist wirklich einzigartig und scharf zu verurteilen!

Nigel Farage hat folgenden Satz gesagt: Ich hoffe auf die Zerstörung der Europäischen Union. Ich hoffe, dass wir den ersten Stein aus der Mauer geschlagen haben.

Bei dieser Gelegenheit – Herr Klubobmann Strache ist leider hinausgegangen – lassen Sie uns Klartext reden: Es gibt eine Bewegung in Europa, deren Teil Sie sind, die tatsächlich die britischen Verhältnisse nach dem Brexit, dieses Chaos, nicht nur in Großbritannien will, sondern auch in anderen Ländern. Sie haben sich da in Vösendorf mit dem „Patriotischen Frühling“, wie Sie sich da irgendwie bezeichnen, noch vor dem Brexit-Referendum zusammengetan, und da sind genau all diese Persönlichkeiten in

Österreich vertreten gewesen, die ein ganz klares Ziel haben: die Europäische Union zu zerstören und zu zerschlagen. Und wir lehnen das vehement ab! *(Beifall bei Grünen und NEOS sowie bei Abgeordneten von SPÖ und ÖVP.)*

Sie versuchen zwar, das jetzt zu übertünchen, aber reden wir wirklich Klartext, worum es geht: Grenzbalken runter, raus aus dem Euro, raus aus internationalen Verträgen, raus aus dem Klimaschutz, raus aus Menschenrechtskonventionen, raus aus der Genfer Flüchtlingskonvention! – Das ist die Abschottungspolitik, die Sie für Österreich wollen.

Ich finde, dieses Referendum in Großbritannien soll uns allen ein Weckruf sein, erstens einmal um uns zurückzubedenken, was die Europäische Union für uns alle tatsächlich vom Grunde her bedeutet. Bei aller berechtigten Kritik, die auch wir immer wieder vorgetragen haben, ob das die wirtschaftspolitische Ausrichtung ist, ob das die Fragen sind, wie man mit einer Krise umgeht, ob man stärker in Investitionen hineingeht, ob man mehr in Richtung einer sozialpolitischen Union arbeitet, kann ich Ihnen eines in aller Deutlichkeit sagen: Wir lassen uns die Europäische Union von Rechtspopulisten mit Sicherheit nicht kaputtschlagen! *(Beifall bei Grünen, SPÖ, ÖVP und NEOS.)*

Von den Problemen in Großbritannien möchte ich eines noch herausgreifen, nämlich die Rolle des Boulevard. Normalerweise sollten Medien in einer Demokratie auch eine gewisse Kontrollfunktion ausüben, und gerade dann, wenn offenkundig mit Lügen gearbeitet wird, ist diese Kontrollfunktion so wichtig. Aber das war in Großbritannien nicht der Fall. Die haben dort eingeweicht, und insbesondere der Boulevard hat ganz eindeutig als Einpeitscher von Lügenargumenten mitgemacht.

Das ist eine Entwicklung, die wir uns auch sehr zu Herzen nehmen müssen. Wenn Medien ihre Kontrollfunktion in einer Demokratie nicht mehr wahrnehmen, welches Spiel können dann solche offenen Lügner treiben, und diese Rechtspopulisten haben auf offener Bühne gelogen, und ich darf das sagen, ohne einen Ordnungsruf zu erhalten *(Abg. Mölzer: Das sind Mitglieder des Europäischen Parlaments!)*, denn ihr Weglaufen aus der Verantwortung und die Reaktionen am Tag danach, als sie bestätigt haben, dass das nicht so genau gestimmt hat mit der Summe, die nach Brüssel überwiesen worden ist et cetera, et cetera, zeigt, dass sie also wirklich mit Lügen gearbeitet haben, und das sind ... *(Abg. Mölzer: Das ist unerhört!)* – Nein, das ist die Wahrheit! Oder wollen Sie Nigel Farage verteidigen? – Dann kommen Sie herunter und verteidigen Sie ihn! Das ist wirklich eine Glanzleistung, solch einen Politiker noch zu verteidigen. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Mölzer.)*

Das beweist genau die Gesinnung, um die es geht. Sie haben es vor, Sie wollen innerhalb eines Jahres in Österreich eine Austrittskampagne starten. Sie sagen in aller Offenheit, wenn sich die Europäische Union nicht von ihrem sogenannten Zentralismus verabschiedet, und stellen sogar noch ein Ultimatum, nämlich die Frist von einem Jahr, dann soll das österreichische Volk befragt werden. Reden Sie Klartext, sagen Sie die Wahrheit, wohin Sie Österreich führen möchten! Trauen Sie sich heraus, ich habe kein Problem damit, denn wir werden dagegen nämlich Widerstand leisten, das sage ich Ihnen! *(Beifall bei Grünen und NEOS sowie bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Ich denke, es ist auch eine gute Gelegenheit, darüber nachzudenken, wo wir strukturierter, wo wir lösungsorientierter auf der europäischen Ebene arbeiten müssen. Da gibt es eine ganze Reihe von sehr wichtigen Arbeitsbereichen, die in den nächsten Wochen und Monaten auf uns zukommt. Wir werden am Freitag als eines der ersten Länder der Europäischen Union den Klimavertrag von Paris ratifizieren, und das ist mit Sicherheit ein gutes Zeichen. Ohne die Arbeit von vielen Institutionen in der Europäischen Union, ohne die Arbeit, die in Frankreich geschehen ist, gäbe es diese internationale Verpflichtung **nicht**. Sie ist vor allem für unsere Kinder und Jugendlichen eine Zukunftsgarantie, denn wir alle wissen, was auf uns zukommt, wenn wir in diesem wichtigen umweltpolitischen Bereich nicht mit absoluter Geschwindigkeit handeln. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir haben viel zu tun, was den Bereich der Finanzmarktregulierung betrifft – im Übrigen auch ein Thema, bei dem sich Ihre Fraktion mit Marine Le Pen im Europaparlament gegen eine strenge Finanzmarktregulierung ausspricht, die sich gegen einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Panama-Leaks-Papiere ausspricht *(Abg. Kogler: Weil sie selbst kassieren von dort!)*, die sich ganz offen von den Banken in Russland die Kredite geben lässt. Das ist schon auch ein Thema, das ich nicht verschweigen möchte.

Finanzmarktregulierung, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen, auch einen anderen Umgang mit den Mitgliedstaaten, die von dieser Krise am schwersten betroffen waren: Das sind alles wichtige Projekte, um auch wieder die Festigkeit, die Glaubwürdigkeit, die Lösungsorientierung der europäischen Institutionen zu stärken. Aber eines ist mit Sicherheit kein gangbarer Weg, der viel zitierte Weg zurück zu einem Europa der Vaterländer, wie Sie es immer bezeichnen. Sie sprechen zwar von wirtschaftlicher Vernetzung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit, aber insbesondere für Österreich ist dieser Weg eine absolute Sackgasse, und ich denke, das ist uns allen sehr, sehr bewusst. *(Ruf bei der FPÖ: Das ist die einzige Chance!)*

Wir sind eine kleine, offene Volkswirtschaft. Wir sind ein Land, das massiv davon profitiert hat, dass andere Länder sich in der Europäischen Union auch positiv entwickelt haben, insbesondere die mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten. *(Ruf bei der FPÖ: Die UdSSR wollen Sie!)* Wie wäre es der österreichischen Wirtschaft, dem österreichischen Tourismus gegangen, als Deutschland in der Krise gesteckt ist, wäre nicht in diesen Nachbarländern auch einiges gut gegangen?

Ich denke, wir haben da einiges zu tun, und ich hoffe, dass Sie die Ehrlichkeit und den Mut aufbringen – das ist an die Kollegen der Freiheitlichen gerichtet –, da nicht mit dem Feuer zu spielen wie Ihre rechtspopulistischen, rechtsextremen Kolleginnen und Kollegen in ganz Europa, sondern wirklich zur Vernunft zu kommen und das, was wir an Europa auch an Positivem haben und was wir in Österreich an Positivem gewonnen haben, nicht für irgendein politisches Spiel kaputt zu schlagen. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten von SPÖ, ÖVP und NEOS.)*

11.40

Präsident Karlheinz Kopf: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Lopatka. – Bitte.